

770 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 31. Mai 1972,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das
Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer geändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates
soll die Lehrverpflichtung der Lehrer an Übungsschulen der
Pädagogischen Akademie von 21 Wochenstunden auf 20 Wochenstunden
herabgesetzt werden. Weiters soll das Ausmaß der Lehrverpflichtung
der Lehrer am Bundes-Blindenerziehungsinstitut in Wien und am
Bundes-Taubstummeninstitut in Wien von 22 Wochenstunden auf 21
Wochenstunden verringert werden. Ferner soll eine Streichung
von Unterrichtsgegenständen an Berufspädagogischen Lehranstalten
erfolgen.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner
Sitzung vom 20. Juni 1972 in Verhandlung genommen und einstimmig
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu
erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit
den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 31. Mai 1972,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das
Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer geändert wird,
wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 20. Juni 1972

Hermine K u b a n e k
Berichterstatter

S e i d l
Obmann